

251 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIV. GP

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses

über die Regierungsvorlage (227 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem Änderungen des Dienstpostenplanes für das Jahr 1976 genehmigt werden (Dienstpostenplanänderungsgesetz 1976)

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen 125 Dienstposten für Beamte des Sicherheitswachdienstes, 25 Dienstposten für Beamte des Kriminaldienstes und 600 Dienstposten für Unteroffiziere geschaffen werden. Der Personalstand der Bundessicherheitswache ist viele Jahre hindurch stark zurückgegangen, weil es insbesondere im Raum Wien und Niederösterreich nicht möglich war, geeignete Beamte für diesen Dienst zu finden. Seit einiger Zeit stehen wieder genügend Aufnahmeansuchen zur Verfügung. Die Personalstände der freiwillig verlängerten Grundwehrdiener weisen nunmehr eine steigende Tendenz auf. Eine Erhöhung des Dienstpostenstandes des Bundesheeres im gegenwärtigen Zeitpunkt ist deshalb geboten, weil ansonsten aus-

gebildetes Kaderpersonal nach Ablauf der dreijährigen Dienstzeit ausscheiden und neues Personal herangebildet werden müßte. Mit einer Erhöhung des Dienstpostenstandes für das Kaderpersonal um 600 Dienstposten soll den gegebenen Notwendigkeiten Rechnung getragen werden.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den erwähnten Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 2. Juni 1976 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten **S u p p a n** und **D o k t o r S c h m i d t** sowie Staatssekretär **L a u s e c k e r** beteiligten, wurde der Gesetzentwurf mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (227 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1976 06 02

Rechberger
Berichtersteller

Dr. Tull
Obmann